

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 121-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.150

Eingereicht am: 30.04.2019

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Gerber (Hinterkappelen, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 06.06.2019

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Der Kanton Bern sagt nein zur finanziellen Ausbeutung von afrikanischen Staaten

Der Regierungsrat wird beauftragt,

1. sicherzustellen, dass der Kanton Bern keine Bankgeschäfte mehr mit der Credit Suisse tätigt, solange die Credit Suisse in ausbeuterischer Tätigkeit auf dem afrikanischen Kontinent aktiv ist
2. pro Legislatur einen Bericht darüber zu erstellen, mit welchen Geldinstituten der Kanton Bern in den vergangenen vier Jahren zusammengearbeitet hat
3. die Credit Suisse aufzufordern, auf die Rückforderung des Zwei-Milliarden-US-Dollar-Kredits, der Mosambik gewährt wurde, zu verzichten

Begründung:

Der Kanton Bern soll sich mit seinen Bankverbindungen klar von der Credit Suisse distanzieren und damit ein Zeichen setzen. Auch der Kanton Bern hat eine Verantwortung gegenüber anderen Staaten und Völkern. Es darf nicht sein, dass Staaten und Völker durch Schweizer Firmen an den Rand des Ruins getrieben werden und der Kanton Bern weiter Geschäfte mit solchen Firmen tätigt. Auch bei der Beschaffung von Geld müssen ethische Kriterien wie bei jedem Beschaffungsgeschäft eingehalten werden.

Der Kanton Bern soll seine Geldbezüge offenlegen. So kann sichergestellt werden, dass der Kanton Bern nicht indirekt (mittels Staatsanleihen) mithilft, einer Bank zu mehr Eigenkapital zu verhelfen, was der Bank erlaubt, weiterhin Kredite an Drittweltstaaten zu ruinösen Bedingungen zu vergeben.

Angesichts der kürzlichen Flutkatastrophe in Mosambik fordern mehrere Schweizer NGOs in einem offenen Brief die Credit Suisse auf, dem krisengeschüttelten Land die Rückzahlung eines Milliardenkredits zu erlassen. Es handle sich um versteckte Schulden in der Höhe von zwei Milliarden US-Dollar als Folge betrügerischer rechtswidriger Absprachen zwischen der Credit Suisse, der russischen Bank VTB, internationalen Auftragnehmern und mosambikanischen Regierungsvertretern. Die illegal aufgenommenen Kredite stürzten Mosambik 2016 in eine bis heute andauernde Finanzkrise und erschweren nun den Wiederaufbau des Landes erheblich.

Seit fast drei Jahren sorgt in Mosambik ein Finanzskandal für Aufregung: Anfang 2016 kam ans Licht, dass die Regierung von Armando Guebuza von 2013 bis 2014 drei halbstaatlichen Unternehmen die Genehmigung erteilte, Kredite in der Höhe von zwei Milliarden US-Dollar aufzunehmen. Das Parlament, das die Kredite hätte absegnen müssen, wurde dabei umgangen. Die Schweizer Bank Credit Suisse war eine der Haupt-Kreditgeberinnen. Angeblich sollte das Geld unter anderem für die Anschaffung von Thunfischkuttern verwendet werden, ein Grossteil der Milliarden versickerte jedoch in undurchsichtigen Kanälen. Im Dezember letzten Jahres wurden auf Betreiben des US-Justizministeriums drei ehemalige CS-Banker sowie der Ex-Finanzminister Mosambiks und weitere Beteiligte verhaftet.

Bereits 2018 hatten Schweizer NGOs, in Übereinstimmung mit entsprechenden Forderungen der mosambikanischen Zivilgesellschaft, die Credit Suisse zum Erlass der Schuld aufgefordert, jedoch ohne Reaktion von Seiten der Grossbank. Angesichts der dramatischen Verwüstungen durch den Wirbelsturm Idai besteht nun akuter Handlungsdruck, die Schuldenkrise zu lösen. Die humanitäre Katastrophe hat ein für das südliche Afrika bisher ungekanntes Ausmass erreicht: Fünf Millionen Menschen sind direkt betroffen, 1,8 Millionen Menschen brauchen akut Hilfe, davon eine Million Kinder. In den überschwemmten Gebieten im Zentrum des Landes steigt die Seuchengefahr aufgrund der mangelnden Trinkwasserversorgung, erste Fälle von Cholera wurden gemeldet.

Begründung der Dringlichkeit: In Mosambik läuft zurzeit eine humanitäre Katastrophe ab. Der Kanton Bern muss jetzt rasch reagieren.

Verteiler

- Grosser Rat